

Monatsbericht Mai und Juni 2002

1 – Einleitung

2 – Minderheitenrückkehr - Teil 1

1 – Einleitung

Der Repräsentant des Generalsekretärs der Vereinten Nationen im Kosovo, Michael Steiner, erklärte gegenüber der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*, dass er vom Sicherheitsrat den Auftrag erhalten hätte an dem endgültigen Status des Kosovo zu arbeiten. Ziel dürfte eine „substantielle Autonomie“¹ sein. Dafür allerdings müssen noch viele Bedingungen erfüllt werden. Die Schwierigkeiten die damit verbunden sind haben sich gerade in den letzten Wochen herausgestellt. Auch Veton Surroi, der von UNMIK sehr geschätzte Herausgeber der Tageszeitung *Koha Ditore*, Teilnehmer an den Rambouillet-Verhandlungen, bestätigt, dass der Kosovo weder das Problem der Korruption noch der organisierten Kriminalität gelöst hat und die Bedingungen für eine Autonomie nicht erfüllt².

Zwei Ereignisse bedeuten einen Rückschritt für die bisher errungenen Erfolge:

- die Kompetenzüberschreitung des kosovarischen Parlaments und
- die Situation in Mitrovica.

Am 23. Mai „verabschiedete“ das kosovarische Parlament eine sogenannte Resolution, in der die Abgeordneten entschieden, das Grenzabkommen zwischen Serbien und Mazedonien nicht anzuerkennen.

¹ *Koha Ditore*, 30.4.02

Schon wenige Minuten nach der Eröffnung des Parlaments erklärte Michael Steiner, diese Resolution für rechtswidrig und ungültig³. In einer Pressekonferenz sagte er, die Resolution sei eine klare Verletzung und Bruch mit der Resolution 1244 sowie des Verwaltungsrahmens des Kosovo. Der Kosovo gehört nun einmal noch zu Jugoslawien (jetziges Serbien und Montenegro).

Die Handlung des Parlaments verärgere zu Recht die internationale Gemeinschaft und vermindere die Hoffnung der Kosovaren auf eine schnelle Regelung des Status der Provinz hin zur eventuellen Unabhängigkeit. Die kosovarischen Politiker verteidigten sich mit der Erklärung, sie seien dem Volk schuldig, seine Anliegen ernst zu nehmen und zumindest zu versuchen, zu handeln.

Bei dem Abkommen zwischen Serbien und Mazedonien, das Anfang 2001 getroffen wurde, hatten die beiden Länder ohne die Präsenz von Kosovaren entschieden, die Grenze zwischen dem Kosovo und Mazedonien zugunsten Mazedoniens um ungefähr 400 ha zu verschieben. Das Abkommen wurde vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ratifiziert. Wie zu erwarten beschwerten sich nicht nur die kosovarischen Bauern, denen ein Teil ihres Landes entrissen wurde, sondern die ganze Provinz demonstrierte wochenlang. Man hätte Kosovo in die Entscheidung miteinbeziehen müssen.

Weitere zu erwartende, negative Konsequenzen dieser „Resolution“ waren die Reaktionen Serbiens und der mazedonischen Hardliner. Während der gemäßigte mazedonische Präsident Boris Trajkovski sein Parlament zum Ignorieren der Resolution aufrief, da sie ja ganz offiziell für nicht Existierend erklärt worden war, nutzen politische Extremisten wie der Premier Georgievski sie zu ihren Zwecken. Georgievski erklärte sie zu einem Akt des „Kalten Krieges“⁴, der die Stabilität der ganzen Region für die nächsten Jahrzehnte gefährden könne. Damit schürte er die Angst der mazedonischen Grenzbewohner vor einem neuen Konflikt mit dem Kosovo.

In einer parlamentarischen Debatte kritisierte er seinen eigenen Präsident, das kosovarische Parlament und die internationale Gemeinschaft. Andere Abgeordnete des mazedonischen Parlaments nutzten die Gelegenheit, um die Loyalität ihrer albanischen Kollegen in Frage zu stellen. Georgievski forderte sogar eine Abstimmung zur

² *Koha Ditore*, 13.6.02

³ UNMIK Press Briefing, Press Conference 23 May 2002

⁴ IWPR'S Balkan Crisis Report, No. 339, May 30, 2002, *Macedoniens enraged by Kosovo Vote*

Ablehnung dieser Resolution (die ohnehin schon längst Vergangenheit war). Die Tatsache, dass die albanischen Abgeordneten der Abstimmung nicht beiwohnten schien den Verdacht ihrer mangelnden Loyalität zu bestätigen.

Währenddessen nahmen die Spannungen an der Grenze zwischen Mazedonien und dem Kosovo wieder zu. Mehrere Zwischenfälle mit Gewehren und Granaten hätten seit Ende Mai stattgefunden, die aber von der NATO nicht bestätigt worden sind.

Zusätzlich spricht der mazedonische Verteidigungsminister Popovski von einer hohen Anzahl demobilisierter TMK (ehemalige UCK) Mitglieder, die illegal die Grenze nach Mazedonien überqueren⁵.

Wie gewohnt, berichtet die mazedonische Presse nur Angriffe von kosovarischer Seite und umgekehrt beschuldigt die kosovarische Presse die mazedonische Armee. Somit beginnen die Medien erneut Angst und Misstrauen zu schüren.

Am 8. April diesen Jahres kam es zu den schlimmsten Ausschreitungen im Norden Mitrovicas seit Ende des Krieges. Bei einem Routinecheck der UNMIK Polizei wurde ein Mann angehalten, dessen Auto keine Nummernschilder hatte. Er versprach, die Registrierungspapiere von zu Hause zu holen. Zurück kam er auch – allerdings mit einer Gruppe von Menschen, die bald anfangen, mit Steinen nach den Polizisten zu werfen. Nachdem eine Truppe der Sonderpolizei auch noch den bekanntesten der sogenannten „Brückenwärter“, Slavoljub Jovic⁶ aus der Menge heraus festnahm, begann die Menge, mit Granaten zu werfen. Einheiten von KFOR waren zwar in der Nähe, griffen aber nicht ein. 26 Polizisten wurden verwundet, vier davon schwer, sowie mehrere serbische Zivilisten.

In den darauffolgenden Wochen organisierten die Brückenwärter Demonstrationen und das internationale Personal verließ den Norden. Zwar blieb die UNMIK Polizei in ihrer Station, patrouillierte jedoch nicht mehr. Die Zusammenarbeit der serbischen Politiker im Norden mit UNMIK wurde abgebrochen.

Das Erstaunlichste an diesem Zwischenfall waren jedoch die Reaktionen von UNMIK – die gar kein Statement abgaben und der NATO, die die Ereignisse mit einem Schulterzucken abtaten. Im starken Gegensatz dazu wurde ein ähnlicher Zwischenfall mit albanischen Extremisten öffentlich und vehement verurteilt.

⁵ *Koha Ditore*, 17.4.02

Die *International Crisis Group*⁷(ICG) beschuldigte in ihrem letzten Bericht (s.u.) die internationale Gemeinschaft (d.h. UNMIK, UNMIK Polizei, KFOR) Serbien gegenüber zu große Konzessionen eingestanden zu haben und damit nicht nur das Vertrauen der Albaner und der Serben in den Enklaven eingebüßt, sondern sogar die Stabilität der Region gefährdet zu haben.

Der ganze nördliche Teil des Kosovo, oberhalb von Mitrovica, steht weiterhin unter serbischer Verwaltung. Die Nummernschilder der Autos sind serbisch, Pensionen und Gehälter werden von Belgrad bezahlt. Serbien benutzte alleine im Jahr 2001 50 Mio. Euro, der für die serbische Wirtschaft bestimmten internationalen Hilfe, für den Kosovo. Die Vorsitzende der serbischen Partei *Povratak (Rückkehr)* Rada Trajkovic arbeitet zwar eng mit UNMIK zusammen und verurteilt die Politik ihrer Kollegen im Norden, doch beschränkt sich ihr Einfluss auf die im Lande verteilten Enklaven.

Das Ziel - zumindest einiger serbischer Politiker – liegt laut ICG in der Diskreditierung von UNMIK und der Annektierung des nördlichen Kosovos an Serbien.

Solange UNMIK nicht hart gegen die die Resolution 1244 missachtende Politik Belgrads durchgreift, werden extremistische Elemente beider ethnischen Gruppen immer die Überhand haben und den Friedensprozess und die damit verbundene Sicherheit untermauern.

2 – Minderheitenrückkehr – Teil 1

Wie oben festgestellt, kann man weder an der Grenze im Süden (Mazedonien) noch im nördlichen Teil des Kosovo von einer stabilen (Sicherheits)Lage sprechen.

Dieser Umstand gibt extremistischen Elementen scheinbare Gründe, weitere Unruhe zu verbreiten und Minderheiten zu verunsichern.

Bisher stellt sich die Rückkehrsituation folgendermaßen dar:

Rund 3.500 Nicht-Albaner sind seit Ende des Konfliktes wieder in den Kosovo zurückgekehrt. Gleichzeitig aber haben auch viele die Provinz verlassen. 3.000 weitere Rückkehrer werden dieses Jahr erwartet. Andrew Whitley, der Direktor des UNMIK Büros für Minderheitenrückkehr (in Übereinstimmung mit UNHCR) besteht jedoch

⁶ der u.a. für Mord gesucht wird

darauf, dass eine solche Rückkehr nur auf freiwilliger Basis erfolgen darf. Die Sicherheitslage sei besser, aber noch nicht ideal.

Auch der neueste Minderheitenbericht von UNHCR und OSZE⁸ bestätigt dies. Obwohl ein deutlicher Rückgang an Gewalt zu verzeichnen ist, so bestehen dennoch weiterhin interethnische Spannungen, geprägt von meist verbaler Gewalt. Aber auch das Werfen von Steinen, Vandalismus gegen Häuser, religiöse Stätten, Geschäfte und Friedhöfe sind noch immer an der Tagesordnung. In Fällen, wo Kinder die Opfer von verbaler Gewalt oder Steinewerfen werden, herrscht die Tendenz, solche Zwischenfälle zu ignorieren, selbst von Lehrern oder Schuldirektoren⁹. Es geht sogar soweit, dass Kinder von Erwachsenen zu derartigen Aktionen ermutigt werden.

Einige der Ausreisen von Minderheiten sind ein direktes Resultat dieser Art Einschüchterungen, da sie die Bedrohung durch Gewalt beinhalten, d.h. viele Angehörige von Minderheiten fühlen sich einfach nicht sicher und trauen sich daher oft nicht, Gesundheitseinrichtungen, Sozialämter, Arbeitsplätze oder Schulen aufzusuchen (Quelle, s.o.).

Ein weiteres Problem sind die mangelnden Ressourcen von UNHPD (Housing and Property Directorate), die im Kosovo, wie schon in Bosnien, für Besitzansprüche von Wohnungen und Häusern zuständig sind. Viele Minderheiten ist diese Einrichtung nicht bekannt, da es die Büros meist nur in Mehrheitsgebieten gibt.

Wir werden uns in diesem Bericht vor allem auf die Situation von Roma, Ashkali und Ägyptern (RAE) konzentrieren, da diese Gruppe am ehesten von der nahen Rückführung betroffen ist.

Die Sicherheitslage für die RAE hat sich in den letzten Monaten verbessert – in einigen Gebieten. In Lipjan zum Beispiel (nahe Pristina), lebten einige Ashkalifamilien monatelang ohne Probleme, bis ganz plötzlich zwei Häuser angezündet und ein weiteres mit einer Handgranate angegriffen wurde. Weitere solche Zwischenfälle ereigneten sich in Gjilan, Gjakova, Ferizaj und Rahovec¹⁰. Besonders in Viti (im Süden des Kosovo) ist die Sicherheit für RAE kaum gegeben. In Pristina gibt es nur eine verschwindend geringe Zahl von RAE-Angehörigen, die sich sehr im Hintergrund halten.

⁷ ein internationaler Think-Tank, *UNMIK's Kosovo Albatross: Tackling Division in Mitrovica*, 3 June 2002

⁸ UNHCR/OSCE, *Ninth Assessment of the Situation of Ethnic Minorities in Kosovo, Period covering September 2001 to April 2002*

⁹ *ibid.*, S. 10, Gespräch mit UNHCR Mitarbeiter, der nicht mit Namen genannt werden möchte

¹⁰ der Einfachheit halber benutze ich hier nur die albanische Bezeichnung der Orte

Oft vergehen Monate ohne jegliche Zwischenfälle – doch gerade diese Ungewissheit verunsichert Minderheiten sehr.

Auch der Schulbesuch bringt Probleme mit sich. Im letzten Bericht beschrieb ich, dass in Rahove Ashkalikinder den Unterricht zusammen mit Albanern besuchen. Dies gilt leider nicht für andere Regionen.

Ein Beispiel verdeutlicht dies:

Letztes Jahr sind 7 Ashkalifamilien in einen Außenbezirk von Pristina zurückgekehrt. Die Schule für die Kinder liegt keine 100 m von den Häusern entfernt. Doch Schuldirektor wie auch die Lehrer haben den Ashkalieltern nahegelegt, ihre Kinder nicht in diese Schule zu schicken. Nun müssen die Kinder eine weite Strecke zu einer anderen Schule zurücklegen, was wiederum Gefahren mit sich bringt. RAE-Kinder werden immer noch oft von Mitschülern zusammengeschlagen, die Täter werden seltenst bestraft. Wird ein Kind verletzt, schicken auch die restlichen Eltern ihre Kinder nicht mehr zur Schule –verständlicherweise.

Auch Männer trauen sich kaum, ihre Häuser zu verlassen, Frauen sind weniger gefährdet.

Herve Morin vom UNHCR Pristina¹¹ bestätigt, dass das größte Rückkehrproblem für RAE-Angehörige der Mangel an Unterkunftsmöglichkeiten ist. Sehr oft sucht UNMIK oder UNHCR Häuser zur Unterbringung von RAE aus, doch meist scheitert der Wiederaufbau dann an den lokalen Behörden, die keine Genehmigung geben.

Diese Erfahrung hat auch die Diakonie Österreich gemacht. Es dauerte 2 Jahre, bis sie die Genehmigung erhielten, für 13 Ashkalifamilien in Magure (Lipjan) Häuser wiederaufzubauen und auch die erhielten sie nur, weil sie gleichzeitig 7 Häuser für Albaner wiederaufbauen¹². 1999 musste die Diakonie zusätzlich Baumaterial für 100 Albanerhäuser bereitstellen. Ursprünglich sollten 118 RAE-Familien dorthin zurückgebracht werden¹³, doch außer den oben genannten 13 Familien wurden alle anderen abgelehnt¹⁴. Herr Helmreich ist davon überzeugt, dass die restlichen Familien nicht wieder nach Magure zurückkehren können.

¹¹ Gespräch am 7.6.02

¹² Gespräch mit Karl Helmreich am 11.6.02

¹³ alle Häuser dieser 118 Familien wurden NACH dem Krieg zerstört

¹⁴ Gespräch mit Robert Ngangué, UNMIK Local Community Officer, Lipjan, 25.5.02

Die Akzeptanz dieser 13 Familien in Magure bereitet mittlerweile keine Schwierigkeiten mehr. Dies stellt sich ganz anders dar in Halap. Dort versuchte die Diakonie, Baumaterial zu deponieren. Nicht einmal gegen Bezahlung wollte die lokale Behörde dies akzeptieren. Alleine im Jahr 2000 gab es dort 5 Tote unter der RAE-Gemeinschaft und zahlreiche weitere Attentate.

Herr Helmreich ist auch sehr skeptisch, was die Zukunft der RAE dort betrifft. Obwohl die kleineren Kinder mittlerweile in der Grundschule akzeptiert werden, werden sie außerhalb der Schulräume isoliert. Ein Versuch, die Jugendlichen in den albanischen Unterricht zu integrieren, scheiterte vollständig.

In Lipjan ist der Großteil der RAE-Häuser noch von Albanern besetzt. Ein zusätzliches Problem sind die fehlerhaften Grundbücher. Ohne Zeugenaussagen können die RAE oftmals ihren Besitzanspruch nicht beweisen und Falschaussagen der Mehrheit tragen zu dem Verlust ihrer Häuser bei. In Hallac i Vogel, einem Nebenort, sind noch 30 RAE-Häuser vollständig zerstört. Bisher gibt es keine finanziellen Mittel zum Wiederaufbau.

Laut einem anderen Mitarbeiter von UNHCR, der nicht genannt werden will, ist es öfter vorgekommen, dass selbst Bürgermeister RAE-Angehörigen, die zurückkommen wollen, Gewalt oder den Tod androhen. Dies geschieht vor allem, wenn ihre von albanischen Familien besetzte Häuser geräumt werden sollen.

Weitere Beispiele verdeutlichen die Schwierigkeiten von besetzten Häusern:

- In Vranjevac sollen drei Häuser, die Ashkalifamilien gehören, von Albanern geräumt werden. Diese albanischen Familien aber drohen damit, die Häuser niederzubrennen, wenn nicht ihre eigenen Häuser wiederaufgebaut werden.
- In einem anderen Fall wurde eine albanische Familie aus einem Ashkalihaus vertrieben – sie nahmen alles mit inklusive Fensterrahmen, Dachbalken, Kabel, Türen. Es blieb nur ein Rohbau.
- Eine albanische Familie wohnt nach Absprache mit den serbischen Besitzern (die im Moment in Serbien wohnen) in deren Haus in Fushe Kosova (Vorort von Pristina). Sie erlaubte zwei jungen albanischen Polizistinnen, ein Zimmer kurzfris-

tig zu bewohnen. Während der Abwesenheit der Familie stahlen diese beiden Polizistinnen alle Möbel, eingeschlossen Waschmaschine, usw. aus dem Haus. Die Beschwerde der Familie bei der lokalen Polizei brachte keine Ergebnisse.

In Vushtrri haben KFOR und UNMIK Polizei ihre Truppen verstärkt, um Minderheiten vor Plünderungen zu schützen¹⁵.

Auch in Gjilan (im Osten des Kosovo) sieht es nicht besser aus. Drohungen bei Vertreibung aus besetzten Häusern sind an der Tagesordnung.

Noch sind 262 RAE-Häuser von Albanern besetzt, 142 sind vollständig zerstört¹⁶.

9 Romafamilien, die zur Zeit in Serbien leben, wollen zurückkommen, doch fehlen die finanziellen Mittel, ihre Häuser wiederaufzubauen. Auf den Resten des zerstörten Hauses einer Romafamilie baute eine albanische Familie ohne Genehmigung ein Haus – die lokalen Behörden haben bis heute nicht reagiert.

Die Kinder der 11 ansässigen Romafamilien (von vormals 4.000 Roma) können die Schule aufgrund von Drohungen und Gewalt nicht besuchen. Eine geplante multiethische Schule scheiterte an Angst und Unwillen aller Gruppen.

Für die Krankenversorgung wird ein spezieller Tag reserviert, an dem KFOR das Krankenhaus überwacht und die Angehörigen der Minderheiten mit einem Bus gebracht werden. Behandelt werden sie von einem internationalen Arzt.

Oft werden RAE von der Stromversorgung abgeschnitten, mit der Begründung, sie würden nicht zahlen. Auffällig aber ist, dass die umliegenden intern vertriebenen Albaner auch von der Sozialhilfe leben, also nicht zahlen können, aber trotzdem mit Strom versorgt werden.

10% des Wiederaufbaubudgets der EAR (Europäische Agentur für Wiederaufbau) sind für die Häuser von Minderheiten vorgesehen. 1.200 Häuser sollen in diesem Jahr wiederaufgebaut werden. Doch auch dieser Plan birgt Schwierigkeiten in sich. Diese werden jedoch im nächsten Bericht ausführlich behandelt werden.

¹⁵ UNMIK Press Release, 21 May 02

¹⁶ Gespräch mit Pierre Gros, UNMIK Local Community Officer, Gjilan, 11.6.02

Im RAE-Lager von Plementina (Gemeinde Pristina), das seit Ende des Konfliktes besteht, befinden sich noch immer 650 Personen. 40 Familien haben ihren Willen erklärt, in ihre Häuser zurückzukehren. Es wird jedoch damit gerechnet, dass wenigstens die Hälfte aller Lagerbewohner in den nächsten Jahren noch dort bleiben müssen wird¹⁷.

Die Bedingungen für eine Rückkehr der Minderheiten haben sich verbessert, aber die Schweizer Regierung hat aufgrund der Beurteilungen von UNHCR, UNMIK und OSCE beschlossen, Minderheiten aus dem Kosovo, die einen Asylantrag vor dem 1. Mai 2002 gestellt haben, eine freiwillige Ausreisefrist bis zum 30. April 2003 zu gewähren.

Pristina, den 15. Juni 2002

Christina Kaiser

¹⁷ *Focus Kosovo, IDPs Plementina's Displaced, S. 23/24, April 2002*